

RESOLUTION KLAUSUR Januar 2021

Aktueller Stand 14.01.2021

Die Zukunft und Stärke Europas liegt in der Vielfalt seiner Regionen

Das Friedensprojekt Europa steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Mit dem Vereinigten Königreich hat erstmals ein Mitgliedstaat die Europäische Union verlassen. Die Verhandlungen über eine künftige Partnerschaft gestalteten sich schwierig. Aber auch die Einigkeit und Geschlossenheit unter den Mitgliedstaaten, die das Fundament bilden, auf dem die Idee eines geeinten Europas aufbaut, ist bei wichtigen, für die Union zukunftsweisenden Entscheidungen zunehmend ins Wanken geraten. Erste Risse im Band, das die europäischen Partner miteinander verbindet, hat auch die weltweite Corona-Pandemie, die Europa weiterhin in Atem hält, offenbart. Statt solidarischer Maßnahmen und eines gemeinsamen Kampfes gegen das Coronavirus haben zahlreiche Mitgliedstaaten nationalen Maßnahmen den Vorzug gegeben, die mit den Grenzschließungen zwischen europäischen Nachbarn einen vorläufigen Höhepunkt erreicht und damit eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union – den Schengen-Raum – in Frage gestellt haben.

Europas Zukunft jetzt gestalten – für einen zeitnahen Beginn der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas

Für die Europäische Union ist es daher gerade jetzt an der Zeit, die richtigen Weichen in eine sichere und beständige Zukunft zu stellen. Dies kann aber nicht losgelöst von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern geschehen. Denn sie sind es, die von den Entscheidungen auf europäischer Ebene unmittelbar bzw. mittelbar betroffen sind. Ihre Überzeugung vom Wert des europäischen Integrationsprozesses und die Identifikation mit dem europäischen demokratischen System bilden dabei die wichtigsten Grundpfeiler für eine zukunftsfähige Europäische Union. Die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung ihrer politischen Leitlinien bereits angekündigte Konferenz zur Zukunft Europas soll deshalb gerade den europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme geben und ihnen eine Plattform bieten, um im Austausch mit den

europäischen Institutionen und nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften ihre Vorstellungen und Vorschläge für die Gestaltung einer zukünftigen Europäischen Union einzubringen und zu diskutieren. Angesichts der Corona-Pandemie konnte der ursprünglich avisierte Termin zum Start der Konferenz zur Zukunft Europas am 9. Mai 2020 nicht realisiert werden. Der Rat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament konnten sich auch unter deutscher Ratspräsidentschaft nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen. Ein zeitnahe Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas – insbesondere in Form von digitalen Formaten – wäre aber trotz der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie mit Blick auf die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des Ansinnens nun dringend erforderlich. Die Debatten dürfen dabei nicht nur in Brüssel laufen – ihre Verortung lokal und regional ist von entscheidender Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Konferenz. Regionale Parlamente und ihre Europaausschüsse sind dabei in einer unverzichtbaren Relaisfunktion. **Wir als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag werden uns daher weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für einen baldigen Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas und eine direkte Beteiligung der Landtage einsetzen. Wir fordern eine direkte und aktive Rolle der Regionen und regionalen Parlamente im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas.**

Die Rolle des Ausschusses der Regionen stärken

Als institutionalisiertes Bindeglied zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und der Europäischen Union ist bei der geplanten Konferenz zur Zukunft Europas auch der Europäische Ausschuss der Regionen angemessen zu beteiligen. Europa lebt von der Vielfalt seiner Regionen. Für die Zukunft Europas spielen die Städte und Regionen als Garanten gelebter Bürgernähe und Mittler zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern vor Ort eine entscheidende Rolle. Sie sind es, die tagtäglich mit deren Sorgen und Nöten konfrontiert sind. Nur mit Unterstützung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften kann es letztlich gelingen, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und bei den Bürgerinnen und Bürgern für das Friedensprojekt Europa zu werben. Im Rahmen einer zukünftigen Europäischen Union und zur Stärkung ihres demokratischen Fundaments muss dem Europäischen Ausschuss der Regionen ein stärkeres Gewicht beigemessen werden. Besonders gegenüber dem Ministerrat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament muss seine Rolle gestärkt werden. **Unser Ziel als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es daher, den Ausschuss der Regionen als europäische Vertretung**

der rund 100.000 lokalen Gebietskörperschaften und 300 Regionen der Europäischen Union mittelfristig zu einer selbstständigen Länderkammer auf europäischer Ebene fortzuentwickeln. Insbesondere in regional bedeutsamen Politikbereichen sollte der Ausschuss der Regionen darüber hinaus ein echtes Mitwirkungsrecht erhalten. Wir setzen uns für eine bessere Einbeziehung des Ausschusses der Regionen in alle Phasen der EU-Beschlussfassung und eine stärkere Bindungswirkung seiner Stellungnahmen ein. Ein stärker parlamentarisch ausgerichteter Europäischer Ausschuss der Regionen muss zu einer kraftvollen Stimme der europäischen Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union werden. Dies setzt aber auch eine stärkere Kooperation mit den Landesparlamenten als regionale Foren und lokale „Hubs“ für mehr Bürgernähe voraus.

Die Regionalparlamente bei der Gestaltung der künftigen europäischen Politik stärker einbeziehen

Gerade die Regional- und Landesparlamente sind entscheidende Foren des Austausches und der Politikvermittlung und damit Zentren einer funktionierenden europäischen Integration. Europäische Politik und Mitbestimmung hat dort ihren festen Platz. Sie geht weit über die reine Subsidiaritätskontrolle hinaus. Bei der Gestaltung der künftigen Politik der Europäischen Union müssen die Kompetenzen und besonderen Möglichkeiten der Regional- und Landesparlamente stärker Berücksichtigung finden, um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. **Wir setzen uns deshalb dafür ein, die europäischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die regionale und lokale Ebene zu öffnen.** Gerade Entscheidungen der Europäischen Union haben meist unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger. Eine wichtige Aufgabe der Regionalparlamente besteht unter anderem darin, diese europäische Politik den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort näher zu bringen. Dies setzt aber gleichzeitig auch eine stärkere Einbindung der regionalen Parlamente in die europapolitischen Entscheidungsprozesse voraus. **Die europäischen Institutionen müssen in einem direkten Dialog den Austausch mit den gesetzgebenden Regionalparlamenten suchen.** Insbesondere das Europäische Parlament ist aufgefordert, im Rahmen seiner vertraglichen Möglichkeiten neue Formen des offiziellen Dialogs mit den Regionalparlamenten zu finden, die Einspeisung regionaler Beschlüsse in den Gesetzgebungsprozess nach dem Prinzip „linking the levels“ zu institutionalisieren und einen regen Austausch zwischen Landesparlamenten und den Europaabgeordneten zu ermöglichen. Aber auch die Europäische Kommission sollte bei

spezifisch regionalen Interessen die Regionalparlamente mit ihren Gesetzgebungsbefugnissen in ihre Konsultationsprozesse stärker einbeziehen. Denn gerade bei der Bewertung und Überarbeitung von Unionsrecht müssen die Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene noch stärker Berücksichtigung finden. Vor Annahme ihres jährlichen Arbeitsprogramms sollte die Europäische Kommission darüber hinaus stärker mit den nationalen Parlamenten und den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammenarbeiten. **Auch Staatsregierung und Ministerpräsident sollten ihre europapolitischen Ziele in jährlichen Berichten vor dem Landtag präsentieren.**

Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion begrüßen vor diesem Hintergrund das vom Europäischen Ausschuss der Regionen und der Konferenz der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis der Europäischen Union gemeinsam initiierte Pilotprojekt zur besseren Einbindung von regionalen Parlamenten mit Gesetzgebungskompetenzen in das Gesetzgebungsverfahren der EU, an dem auch der Bayerische Landtag neben weiteren Regionalparlamenten teilnimmt und das insoweit als Impulsgeber für eine stärkere Einbindung der regionalen Parlamente dienen kann. Wir unterstützen auch jede Bemühung des Europäischen Parlaments, den direkten Kontakt zu den Landesparlamenten zu intensivieren und deren verabschiedete Positionen besser als bisher in der Beschlussfassung auf europäischer Ebene zu berücksichtigen. Bayerische Meinungen, Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge für die Zukunft Europas können im Rahmen des Projekts unmittelbar in das Europäische Parlament und in die Kommission nach Brüssel eingebracht werden und so Einfluss auf das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission nehmen.